

so!i

Fokus: Klimagerechtigkeit

Verantwortung übernehmen

Ihre Unterstützung macht den Unterschied!

solidar.ch

Folgen Sie uns auf Social Media



Titelbild

Für den Balbina-Stausee im Amazonas-Gebiet wurden mehr als 2000 Quadratkilometer Regenwald geflutet, was eine der grössten Umweltkatastrophen Brasiliens auslöste. Neben der Zerstörung des Regenwalds wurde auch ein Drittel der indigenen Bevölkerung zwangsweise umgesiedelt. Foto: Raphael Alves



Liebe Leserinnen und Leser

In unseren Partnerländern brennt die Klimakrise wortwörtlich, zum Beispiel in Bolivien mit seinem Ökosystem von globaler Bedeutung, dem Amazonasgebiet. Die uralten Baumriesen, die eine riesige Artenvielfalt an Pflanzen und Tieren beherbergen, werden von Rinderzucht, Palmöl- und Sojaplantagen verdrängt. Doch letzten Sommer haben die Ausbeuter*innen jedes Mass verloren. Sie verbrannten zehn Millionen Hektar Wald, zweieinhalbmal die Fläche der Schweiz. Das Atmen fiel schwer, das Trinkwasser wurde knapp, und die Menschen wurden ihrer Lebensgrundlage beraubt.

Während Solidar Suisse Nothilfe für die Betroffenen leistete, leitete Bundesrat Albert Rösti die Schweizer Delegation an der Klimakonferenz im Ölstaat Aserbaidschan. Es wurde beschlossen, die Finanzierung der Industrieländer auf 300 Milliarden zu verdreifachen – was bei Weitem nicht ausreicht. Doch die Schweiz weigert sich, ihren Anteil entsprechend zu erhöhen. Die anderen sollen zahlen oder die Länder des Globalen Südens sich selbst helfen. Hinzu kommt, dass die Schweiz eines der wenigen Länder ist, die einen Teil ihrer Klimaschuld durch eine unwirksame CO₂-Kompensation im Ausland begleichen.

Deshalb setzen wir uns zusammen mit unseren Partner*innen im Globalen Süden für die Umsetzung echter Klimagerechtigkeit ein. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Carlo Sommaruga
Präsident Solidar Suisse

Inhalt



Fokus

Klimagerechtigkeit

Ärmere Länder haben kaum zum Klimawandel beigetragen und sind dennoch am meisten davon betroffen. Die Industrieländer, welche die Klimakrise mit ihren Emissionen ausgelöst haben, müssen Verantwortung für die Auswirkungen ihres Handelns übernehmen: Entschädigung für die Schäden und die Finanzierung von Anpassungsmassnahmen an den Klimawandel sowie den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen.

Seite 6

In Kürze	4
Fokus	6
Interview	14
Aktuell	15
Behind Solidar	16
Kolumne	17
Rückblick	18
Letzte Seite	19

Solidar-Präsenz

50 Jahre Burkina Faso, 40 Jahre Moçambique

Letztes Jahr feierte Solidar Suisse gleich zwei Jubiläen: Seit 1974 sind wir in Burkina Faso aktiv, seit 1984 in Moçambique.

In Burkina Faso starteten wir mit der Schulung und Alphabetisierung von Kleinbäuer*innen. Die Arbeit mit Kleinbäuer*innen bleibt auch 50 Jahre später wichtig. Hinzugekommen sind mehrsprachige Bildung, Berufsbildung von Jugendlichen, Bekämpfung von gefährlicher Kinderarbeit und die Stärkung der Zivilgesellschaft – stets in Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen. Anlässlich des 50-Jahre-Jubiläums wurde der gemeinsame Erfolg von Solidar-Mitarbeitenden und Partner*innen mit einer Aerobic-Session gefeiert. Es wurde gemeinsam geschwitzt und der Teamgeist für weitere Jahre des Engagements mit der burkinischen Bevölkerung gestärkt.

In Moçambique begann die Kooperation 1984 mit der Unterstützung der Druckerei des Gesundheitsministeriums und einem Latrinenprojekt. Seit 1999 hat Solidar ein Koordinationsbüro, im Jahr 2000 leisteten wir nach verheerenden Überschwemmungen das erste Mal Nothilfe. Humanitäre Zusammenarbeit und Wiederaufbau sind heute ebenso tragende Pfeiler wie demokratische Mitbestimmung für einen besseren Service public (z.B. die Versorgung mit Trinkwasser in ländlichen Regionen), Arbeits- und Gewerkschaftsrechte und Berufsbildung für junge Menschen.



Bolivien

Innovationspreis für Solidar-App

Gebärmutterhalskrebs ist eine der häufigsten Todesursachen bei Frauen im gebärfähigen Alter in Bolivien. Deshalb hat Solidar Suisse zusammen mit der bolivianischen Partnerorganisation LabTecnSocial eine innovative Lösung für Prävention und Monitoring entwickelt. Für die bahnbrechende App, die eine frühzeitige und effiziente Erkennung von Gebärmutterhalskrebs ermöglicht und den Zugang zu medizinischer Versorgung für Frauen erleichtert, hat Solidar Suisse Bolivien letzten November einen nationalen Innovationspreis erhalten.

Die Plattform, die ursprünglich für die Gemeinde Sacaba entwickelt wurde, wird inzwischen auch in anderen Regionen des Landes eingesetzt. Ziel ist es, die App landesweit verfügbar zu machen und so allen Frauen in Bolivien den Zugang zu einer lebensrettenden Gesundheitsversorgung zu erleichtern.



Mehr zum Projekt für Frauenrechte:
www.solidar.ch/frauenrechte-bolivien

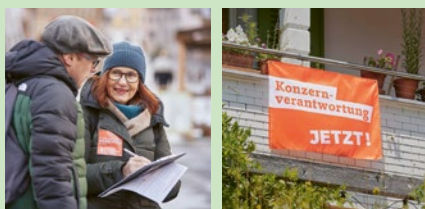
300 Mia. \$

wollen die Industrieländer
armen Ländern jährlich für Anpassungs-
massnahmen an den Klima-
wandel bezahlen – nötig wären
laut Ökonom*innen
2400 Milliarden.

Wir haben es geschafft

Neue Konzernverantwortungsinitiative

Am 7. Januar wurde die neue Konzernverantwortungsinitiative lanciert, und innerhalb von zwei Wochen kamen mehr als sensationelle 180 000 Unterschriften zusammen: damit Schweizer Unternehmen endlich auch im Ausland die Menschenrechte und Umweltstandards einhalten müssen. Mit der Rekordsammlung ist ein wichtiger Schritt geschafft. Für die anstehende Beratung in Bundesrat und Parlament ist es jedoch entscheidend, dass die grosse Unterstützung der Initiative auch nach dieser Unterschriftensammlung im ganzen Land sichtbar bleibt: Bestellen Sie deshalb kostenlos eine Fahne oder ein Velodreieck mit dem dieser Soli beiliegenden Flyer!



Mehr Informationen:
www.solidar.ch/konzernverantwortungsinitiative-2-0

Solidar empfiehlt

Jacobin-Podcast

Ein Hörteipp von Klaus Thieme

Immer wieder höre ich mit Begeisterung den deutschsprachigen Podcast des in den USA gegründeten linken Magazins «Jacobin». Ob es um Kapitalismuskritik, Arbeiter*innenrechte oder progressive Alternativen in Wirtschaft und Gesellschaft geht – der Podcast beleuchtet die Themen aus einer internationalistischen linken Perspektive und liefert Analysen für gerechtere Lösungen in einer von Ungleichheit und Klimakrise geprägten Welt.

Besonders empfehlen möchte ich die Folge «Warum wir mehr öffentlichen Wohnraum brauchen». Denn die Wohnungsnot verschärft soziale Ungleichheiten und beeinträchtigt den Alltag vieler Menschen. Öffentlicher Wohnraum ist eine nachhaltige Lösung, die konkret zur Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen kann. Der Podcast verdeutlicht am Beispiel Wien und Finnland, dass es funktionierende Alternativen zum profitorientierten Wohnungsmarkt gibt.



Hier gehts zum Podcast:
www.jacobinpodcast.de



Goodbye

Solidar Suisse verlässt X

Am 5. Dezember 2024 hat Solidar Suisse gemeinsam mit anderen Schweizer NGOs wie Public Eye und Alliance Sud X verlassen, jene Informations- und Meinungsplattform, die sich seit der Übernahme durch Elon Musk 2022 mit rechtsextremen Fake News und hasserfüllter Propaganda in eine zunehmend irrelevante Dreckschleuder verwandelt hat. Wir stehen für einen respektvollen, demokratischen Austausch. Auf X sehen wir dafür keine Grundlage mehr.

Solidar Suisse hat sich dem «Xodus» unter anderem deshalb angeschlossen, weil X wegen Gewaltandrohung, Belästigung oder Desinformation gesperrte Konten wieder zugelassen hat und systematisch gegen jede Mindestsorgfaltspflicht zur Unterbindung von Hatespeech verstösst. Ausserdem unterstützt oder verbreitet Elon Musk rechtsextreme, antisemitische und sexistische Botschaften, die auch vom Algorithmus von X favorisiert werden. Politische Akteur*innen sollen deshalb diese Plattform und ihren Besitzer nicht länger mit ihrer aktiven Präsenz legitimieren, sondern ihre Informationen und Debattenbeiträge auf neutralen Social-Media-Plattformen wie Bluesky oder LinkedIn platzieren.

Solidar Suisse verlässt dieses toxische Umfeld und wendet sich mit voller kommunikativer Kraft alternativen Kanälen zu. Wir werden weiterhin auf Instagram, Facebook und LinkedIn über politisch relevante Themen diskutieren und über die wichtige Arbeit in unseren Projektländern informieren. Dorthin möchten wir auch möglichst viele unserer 10 000 X-Follower*innen mitnehmen.



Demonstrant*innen fordern, dass an der Klimakonferenz COP 25 in Madrid verbindliche Massnahmen für Klimagerechtigkeit verabschiedet werden.

Fokus Klima- gerechtigkeit

Die reichen Menschen in den Industrieländern tragen mit ihrem enormen Ausstoss an Treibhausgasen die Hauptverantwortung dafür, dass sich die Erde immer stärker erwärmt. Von den Schäden und Gefahren sind aber die ärmeren Länder im Globalen Süden am meisten betroffen. Zudem sind die Mittel zur Bekämpfung der Klimakrise ungleich verteilt. Solidar Suisse setzt sich auf verschiedenen Ebenen dafür ein, dass Klimagerechtigkeit kein Lippenbekenntnis bleibt.

Erfahren Sie hier, wie Solidar sich für Klimagerechtigkeit engagiert.

- 8 Make Polluters pay!**
- 10 Hohe Kosten für die grüne Wende**
- 11 Nachhaltige Kosmetik aus dem Regenwald**
- 12 Keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit**
- 13 Trotz Klimawandel Perspektiven entwickeln**



Make Polluters pay!

Um die Erderwärmung zu stoppen und den Folgeschäden des Klimawandels zu begegnen, braucht es einen sozial gerechten Wandel.

Text: Cyrill Rogger, Programmleiter Südosteuropa

Am Erdgipfel in Rio im Jahr 1992 hat sich die Weltgemeinschaft dem gemeinsamen Schutz unseres Planeten und der Gerechtigkeit verpflichtet. Doch die in den vergangenen 32 Jahren getroffenen Massnahmen gegen die Klimaerwärmung sind ungenügend und ungerecht. Lasten und Pflichten zwischen Generationen und Geschlechtern, zwischen verschiedenen Staaten und Weltregionen, zwischen Arm und Reich, zwischen Betroffenen und «Polluters» (Verschmutzenden) sind äusserst ungleich verteilt.

Sozial gerechter Klimaschutz

Die Uno-Klimarahmenkonvention wurde an der Konferenz in Rio von 154 Staaten unterschrieben. In Artikel 3.1 steht: «Die Vertragsparteien sollen auf der Grundlage der Gerechtigkeit und entsprechend ihren gemeinsamen, aber

unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und ihren jeweiligen Fähigkeiten das Klimasystem zum Wohl heutiger und künftiger Generationen schützen.»

Die Klimagerechtigkeit wurde also von Beginn weg zum Grundprinzip für die globale Klimapolitik erklärt. Damals lag die durchschnittliche Landoberflächentemperatur 0,23 Grad Celsius über dem Schnitt der Jahre 1951 bis 1980. 2023 war diese Abweichung mit 1,63 Grad Celsius bereits höher als die 1,5 Grad, die am Klimagipfel 2015 in Paris als Begrenzungsziel verabschiedet wurden. Seither wurden die neun wärmsten Jahre gemessen.

Wegschauen statt Handeln

Doch die Dringlichkeit zu handeln scheint lediglich dazu zu führen, dass wir wegschauen und die Verantwortung mög-

lichst weit von uns weisen. Anders ist es kaum zu erklären, dass Klimajugendliche als Staatsfeind*innen verurteilt werden, nur weil Einzelne von ihnen zu unpopulären Mitteln greifen, damit sie gehört werden. Klimagerechtigkeit heisst auch, dass wir die Anliegen unterschiedlicher Generationen ernst nehmen. Dass die Schweizer Politik die Verantwortung nicht einfach von sich schiebt, wenn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Klage der Klimaseniorinnen gutheisst (siehe Seite 14). Dass es nicht egal ist, wie wir der Jugend unseren Planeten überlassen, sondern dass wir sie in die politischen Entscheidungen einbinden, wie es Solidar Suisse in den Projekten in Bolivien und Südosteuropa tut. Leider war auch am Klimagipfel letzten November in Baku kaum etwas von einem Bekenntnis zum gerechten Klimaschutz zu spüren. Die Ergebnisse sind entsprechend enttäuschend (siehe Seiten 3 und 17).

Konkrete Anpassungsmassnahmen

Die Folgen der Klimaerwärmung beobachten wir in vielen unserer Projektländer. Wegen der extremen Wetterereignisse haben bereits heute zahlreiche Menschen ihr Zuhause verlassen müssen – mit gravierenden Auswirkungen. Frauen sind davon besonders betroffen, wie das Beispiel Bangladesch zeigt (siehe Seite 12). Das vermehrte Auftreten von Trockenperioden, gefolgt von Starkregen und Überschwemmungen, verlangt auch nach einer Anpassung der Anbaumethoden. Solidar Suisse unterstützt Kleinbäuer*innen, so etwa in Zentralamerika und Burkina Faso, dem Verlust der Bodenfruchtbarkeit vorzubeugen und ihre Produktion zu diversifizieren, damit sie ihre Existenzgrundlage nicht verlieren (siehe Seite 13).

Der Klimawandel bringt nicht nur ökologische, sondern auch tiefgreifende wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen mit sich. Um den Übergang zu einer nachhaltigen Zukunft zu gestalten, sind neue Rohstoffe, erneuerbare Energien und innovative Technologien notwendig. Diese Entwicklungen verlangen auch nach Arbeitskräften, die in der Lage sind, moderne Technologien zu bedienen und nachhaltige Produktionsweisen voranzutreiben. In unseren Berufsbildungsprojekten versuchen wir, diesen Ansprüchen gerecht zu werden, damit Arbeiter*innen weiter Zugang zu Erwerbsarbeit haben.

Nicht auf dem Buckel der Arbeiter*innen

Leider geht aber die sogenannte «grüne Wende» allzu oft auf Kosten von Arbeiter*innen und lokalen Gemeinschaften im Globalen Süden. Weil immer mehr Nickel für Batterien in Elektrofahrzeugen benötigt wird, werden zum Beispiel in Indonesien Regenwälder für den Nickelabbau gerodet. Der Abbau erfolgt mit Energie aus Kohlekraftwerken und unter Missachtung der Arbeitsrechte. So wird die Energiewende zur blossen Farce (siehe Seite 10). Faire Arbeitsbedingungen, menschenwürdige Löhne und der Schutz der Gesundheit und der Lebensgrundlagen der Menschen müssen jedoch ein zentraler Bestandteil des Wandels sein. Für diese Ziele engagiert sich Solidar Suisse zusammen mit Gewerkschaften und Partnerorganisationen in Indonesien und weltweit.

Gerechte Massnahmenfinanzierung

Der Klimawandel trifft jene Menschen, die am wenigsten zur Klimakrise beitragen, am härtesten, da sie oft in Regionen leben, die besonders auffällig sind für extreme Wetterereignisse, und da ihnen die Ressourcen zur Anpassung, etwa für den Bau von Hochwasserschutzanlagen, die Einrichtung von Schutzwäldern oder die Verstärkung von Gebäuden, fehlen. Es braucht internationale Zusammenarbeit und Investitionen, damit notwendige Massnahmen finanziert und Innovationen gefördert werden können. Angesichts des Bedarfs in den Ländern des Globalen Südens ist offensichtlich: Es muss mehr Geld fliessen, und es ist auch klar, woher das Geld kommen soll. «Make Polluters pay!» fordern Aktivist*innen in den Entwicklungsländern und ihre Verbündeten, zu denen wir uns zählen.

«Die in den vergangenen 32 Jahren getroffenen Massnahmen gegen die Klimaerwärmung sind ungenügend und ungerecht.»

Es gibt viele Möglichkeiten, eine gerechte Klimaschutzfinanzierung zu gestalten. Sei es eine Steuer auf die Emission von Treibhausgasen oder die Verpflichtung fossiler Energieunternehmen, einen Fonds zur Behebung von Klimaschäden zu speisen. Ein wichtiger Schritt wäre ebenfalls die Umleitung staatlicher Subventionen für fossile Brennstoffe in nachhaltige Energieprojekte und Programme zur Anpassung an das Klima. Auch höhere Abgaben auf Luxusgüter und übermässigen CO₂-Verbrauch – etwa durch Freizeitflüge und Yachten – würden dazu beitragen, die Kosten für den Klimaschutz gerechter zu verteilen.

Solidar Suisse fordert deshalb vom Bundesrat, die Klimafinanzierung längerfristig zu erhöhen. Es braucht rasche Gesetzesanpassungen für neue Finanzierungsquellen nach dem Verursacher*innenprinzip. Damit die Schweiz endlich ihren fairen Beitrag an die Bekämpfung und die Bewältigung der Klimakrise im Globalen Süden leistet. ●

Auch wir verschmutzen

Als international tätige NGO verursacht auch Solidar Suisse den Ausstoss von Treibhausgasen. Dabei dürften die Mobilität und insbesondere die Flüge zu Buche schlagen, ebenso die Heizung oder Kühlung unserer Büros. Um unseren CO₂-Fussabdruck zu verkleinern, analysieren wir derzeit unsere Emissionen in Zürich, Lausanne und in unseren zehn Koordinationsbüros rund um den Globus. Gespannt erwarten wir die Resultate und die Diskussion über Reduktionsmassnahmen. Wir werden noch dieses Jahr in der Soli darüber berichten.



Im Industriepark Morowali in Indonesien werden die Arbeiter*innen ausgebeutet und die Luft verschmutzt.

Hohe Kosten für die grüne Wende

Weil sich die Welt auf den Weg zu einer nachhaltigen Mobilität macht, erlebt Indonesien mit seinen weltweit grössten Nickelreserven einen Boom. Auf Kosten von Menschen und Umwelt.

Text: Fahmi Panimbang, Projektleiter Südostasien

Auf den indonesischen Inseln Sulawesi und Maluku werden Regenwälder und unberührte Landschaften dem Erdboden gleichgemacht, um Platz für den Abbau von Nickel zu schaffen, der ein wichtiger Bestandteil der Batterien von Elektrofahrzeugen ist. Durch die Abholzung werden nicht nur riesige Mengen an Kohlendioxid freigesetzt, sondern auch die Lebensräume unzähliger Arten zerstört. Dass Kohlekraftwerke diese Betriebe mit Energie versorgen, verschlimmert das Problem weiter und führt zu einem Teufelskreis, in dem das Streben nach einer «grünen» Lösung eine kohlenstoffintensive Industrie befeuert.

Die Auswirkungen auf die Menschen sind ebenso alarmierend. So hat sich die Luftqualität in Bergbauregionen rapide verschlechtert: Staub und Fein-

staub führen zu einem raschen Anstieg von Atemwegserkrankungen. Das Gesundheitszentrum von Bahodopi, einem Dorf in der Region Morowali auf Zentralsulawesi, meldete in den ersten neun Monaten von 2024 fast 50 000 Fälle akuter Atemwegserkrankungen. Und die potenziell noch höhere Zahl betroffener Arbeiter*innen ist darin noch nicht einmal eingerechnet. Zudem verseuchen diverse Schadstoffe Küstengebiete und Flüsse, was die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet, die sie für Trinkwasser, Fischerei und Landwirtschaft braucht.

Ausbeutung in den Schmelzhütten

Morowali ist vom Zustrom der Wanderarbeiter*innen, die mit dem Versprechen auf Arbeit angelockt werden, überfordert. Der verschärfte Wettbewerb

um Wohnraum, Lebensmittel und grundlegende Dienstleistungen verursacht soziale Spannungen und wirtschaftliche Not. In den letzten zehn Jahren waren im Industriepark Morowali (IMIP) fast 100 000 Arbeiter*innen beschäftigt, je ein Fünftel Frauen und Wanderarbeiter*innen aus China. Sie sind in einem Kreislauf aus unsicherer Beschäftigung und der Verweigerung grundlegender Rechte gefangen. Die niedrigen Löhne zwingen sie dazu, Arbeitstage von 12 Stunden, oft mit obligatorischen Überstunden, zu akzeptieren, um über die Runden zu kommen. Trotz Protest der Gewerkschaften übersehen Regierung und Unternehmen die menschlichen Kosten der Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen.

Die Bedingungen für Arbeiter*innen sind hart und brutal: Sie sind ständig Kohlenstaub, giftigen Dämpfen, Schwefelsäure und der enormen Hitze der Öfen ausgesetzt und leiden unter einer Reihe von gesundheitlichen Problemen wie Atemwegs- und Hautkrankheiten. Unfälle mit schweren Verletzungen und gar Todesfolge sind häufig. Im IMIP gibt es nur zwei einfache Krankstationen; sie können die medizinischen Bedürfnisse Tausender erkrankter Arbeiter*innen nicht decken. Auch Toiletten gibt es viel zu wenige. Andererseits sind Hunderte von Sicherheitskräften in der Region stationiert, um für Sicherheit und Stabilität zu sorgen. Diese Diskrepanz verdeutlicht die Prioritäten der

Unternehmen und der Regierung, denen Investitionen mehr am Herzen liegen als der Schutz der Arbeiter*innen. Mit Unterstützung der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA informiert Solidar die Arbeiter*innen über gesundheitliche Risiken, ermöglicht medizinische Untersuchungen für schwer Erkrankte und informiert die Öffentlichkeit, um Druck auf die Regierung zu machen.

Klimagerechtigkeit: eine globale Verantwortung

Die weltweite Nachfrage nach Nickel für Elektrofahrzeuge wirft Fragen zur Klimagerechtigkeit auf. Die ökologischen und sozialen Belastungen der Nickelförderung werden von Indonesien getragen, während die Gewinne hauptsächlich an wohlhabendere Nationen gehen, welche die Nachfrage nach Elektrofahrzeugen antreiben. Diese Ungleichheit entlarvt die Heuchelei eines vermeintlich grünen Wandels, der das Wohlergehen der Menschen im Globalen Süden dem Streben nach Nachhaltigkeit opfert.

Für einen wirklich gerechten Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft muss die Herangehensweise radikal verändert werden: Es braucht ein globales Engagement für nachhaltige Bergbaupraktiken, strengere Arbeitsnormen und eine gerechte Verteilung der Vorteile. Länder im Globalen Norden und multinationale Unternehmen müssen Verantwortung übernehmen für die gesamte Lieferkette und den ganzen Lebenszyklus hinweg, inklusive der ökologischen und sozialen Kosten in Ländern wie Indonesien.

Um den Stimmen der Arbeiter*innen und der betroffenen Gemeinden, die Klimagerechtigkeit und ein Ende der Ausbeutung fordern, Gehör zu verschaffen, sind Solidaritätsnetzwerke – von Arbeiter*innen, Gemeinden, Organisationen der Zivilgesellschaft und internationalen Verbündeten – von entscheidender Bedeutung. Solidar Suisse unterstützt ihren Aufbau. Denn politische Reformen, die dem Umweltschutz und der sozialen Gerechtigkeit Vorrang einräumen, sind wesentliche Schritte auf dem Weg zu einer gerechteren Zukunft. ●

Nachhaltige Kosmetik aus dem Regenwald

Bartolina Marayai hat sich mit den Nüssen der Cusi-Palme eine Existenz aufgebaut und trägt zur nachhaltigen Nutzung des Regenwalds bei.

Text: Benjamin Gross, Leiter Markom

Am Rande des bolivianischen Amazonas, wo sich endlose Viehweiden und Sojafelder aneinanderreihen, kämpft eine junge Frau für den Erhalt des Regenwaldes und ihre Existenzgrundlage. Bartolina Marayai stellt in ihrem kleinen Holzhaus natürliche Kosmetikprodukte aus Cusi-Öl her. Ihre Produkte finden bis in die Grossstadt Santa Cruz Absatz.



Bartolina Marayai (rechts) mit den Seifen, die sie aus Nüssen der Cusi-Palme herstellt.

Dank Starthilfe zum Erfolg

Die Idee, aus den ungeniessbaren Nüssen Produkte herzustellen, hatte ihr Vater, als es während der Corona-Pandemie an Medikamenten mangelte. «Das Cusi-Öl hilft bei Husten, Fieber und Rheuma», erklärt Bartolina Marayai. Die Cusi-Palme hat das Potenzial, die Existenz der lokalen Bevölkerung zu sichern. Doch der Weg zum Erfolg war nicht einfach: «Am Anfang fehlte uns das Kapital», erinnert sich die Mutter von drei Mädchen. Dann erhielt sie Starthilfe und eine Verkaufsvitrine vom Solidar-Projekt, das junge Frauen beim Aufbau eines Unternehmens unterstützt.

Unterschätzte Palmen

Doch die Zukunft ihres kleinen Unternehmens Bartogwagwasu ist ungewiss. Die Cusi-Palme, deren Früchte sonst unbeachtet auf dem Boden verrotten, ist durch die massive Abholzung des Regenwaldes bedroht. Die Viehzüchter setzen Gift ein, um sie zu vernichten und Platz für Weideland zu schaffen. Für die junge Unternehmerin hingegen ist sie eine «Pflanze, die Leben schenkt». Als natürliche Grundlage für Kosmetikprodukte sichert sie das Einkommen von Marayais Familie und die Ausbildung der Kinder.

Die Waldbrände der letzten Jahre stellen eine zusätzliche Bedrohung dar. «Es dauert zehn Jahre, bis die Cusi-Palmen Früchte tragen.» Nun muss die junge Frau immer weitere Wege unter die Füße nehmen, um die Nüsse zu sammeln. Mit der Folge, dass sich der Preis für ihre Seifen und Shampoos bereits verdoppelt hat.

Doch aufgeben ist keine Option. «Unsere Arbeit zeigt den Menschen, welches Potenzial in der Natur steckt, die wir gedankenlos zerstören.» Ihre Seifen, Cremes und Shampoos sind ein deutliches Zeichen für deren Wert. ●



Interview mit Bartolina Marayai und Rundgang durch ihre Seifenwerkstatt.
Film auf Youtube

Keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit

Der menschengemachte Klimawandel ist in Bangladesch bereits stark zu spüren. Frauen und Kinder sind speziell betroffen.

Text: Vera Haag Arbenz, Fachleitung Humanitäre Hilfe

Bangladesch ist eines der Länder mit der höchsten Bevölkerungsdichte der Welt. Es liegt im überwiegend flachen Delta der zwei grössten Flüsse Asiens, des Ganges und des Brahmaputra, mit ihren ausgedehnten Sumpfgebieten. Die Nähe zum Wasser und die Lage des grössten Teils des Landes weniger als einen Meter über dem Meeresspiegel bergen Risiken wie Überschwemmungen infolge übermässiger Monsunregen oder Wirbelstürme aus dem Golf von Bengalen.

Die globale Erwärmung und die Erhöhung des Meeresspiegels wird dies in Zukunft noch verschärfen. Auf dem Global Climate Index der am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder liegt Bangladesch an siebter Stelle. Das Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) schätzt, dass wegen Überschwemmungen während des Monsuns jährlich etwa eine Million Menschen in Bangladesch fliehen und Wirbelstürme jedes Jahr ungefähr 110 000 Menschen vertreiben.

Flucht vor dem Klimawandel

Die Binnenflüchtlinge müssen oft ihr gesamtes Hab und Gut zurücklassen und sind auf der Flucht zahlreichen Risiken ausgesetzt, insbesondere Frauen: Ihnen droht häufig sexualisierte Gewalt, Ausbeutung und Zwangsprostitution. Am neuen Ort müssen sie sich ein neues Zuhause aufbauen und nach Arbeit suchen. Während die Männer meist in den Städten oder Küstenregionen Arbeit finden, kümmern sich die Frauen um die Versorgung der Familie. Oft müssen auch sie zu prekären Bedingungen arbeiten und sind gezwungen, ihre Kinder zur Arbeit mitzunehmen, was nicht selten einen Einstieg in die Kinderarbeit bedeutet.

Auch Kinder müssen arbeiten

Zum Beispiel in Nazirartek, einem Dorf nahe bei Cox's Bazar. Hier leben etwa 40 000 Menschen, mehr als zwei Drittel sind nach einer Naturkatastrophe hergezogen. Während die Männer oft mehrere Monate auf Fischfangflotten verbringen, verarbeiten und verpacken tausende Frauen und Kinder den Fisch aus dem Golf von Bengalen. So auch Jannatul Ferdious. Seit ihr Mann beim Fischen auf hoher See ein Auge verloren hat, ist sie die Hauptverdienerin, aber auch ihre vier Söhne müssen zum Familieneinkommen beitragen. Einer hat dank des von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA finanziell unterstützten Solidar-Projekts gegen Kinderarbeit nun wieder

den Weg zurück in die Schule gefunden. «Ich würde am liebsten alle meine Kinder zur Schule schicken», sagt Jannatul Ferdious. «Aber ich bin auf das zusätzliche Einkommen angewiesen, weil mein Mann nur noch unregelmässig arbeiten kann.» Wie sie müssen Tausende von Frauen Tag für Tag solche existenziellen Entscheidungen treffen.

Die Frauen stärken

In solch prekären Lebenssituationen tragen die Frauen einen Grossteil der Verantwortung für ihre Familie. Die Solidar-Projekte, welche die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels bekämpfen, fokussieren deshalb darauf, ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken sowie auf Gemeindeebene die Katastrophenresistenz zu verbessern. Geschlechtergleichstellung und das Empowerment von Frauen sind essenziell, um einen Ausweg aus der negativen Spirale von Armut, Ausbeutung und Perspektivlosigkeit zu finden. ●



Jannatul Ferdious mit zwei ihrer vier Söhne, die zum Familieneinkommen beitragen müssen.

Trotz Klimawandel Perspektiven entwickeln

Ein Lehrgang für junge Landwirt*innen zeigt Wirkung im Kampf gegen den Klimawandel.

Text: Monika Hess, Programmleiterin Zentralamerika



Xenia Rivera konnte dank einer Ausbildung und Starthilfe eine Legehennen-Zucht aufbauen.

Obwohl sie die Klimakrise nicht verursacht haben, sind sie massiv von deren Auswirkungen betroffen: Kleinbäuer*innen im zentralamerikanischen Trockengürtel (Corredor seco). Meist haben sie jedoch kaum die Mittel, um sich an den Klimawandel anzupassen. Einer von ihnen ist Miguel Osorio: «Meine wirtschaftliche Situation war prekär, deshalb wollte ich meine Maisproduktion ausbauen.»

Immer extremere Wetterereignisse

Der Corredor seco erstreckt sich über Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica. Mehr als zehn Millionen Menschen leben in diesem von trockenem Klima und saisonalen Dürren geprägten Landgürtel. Der Klimawandel führt zu häufigeren, extremeren und längeren Dürren und mehr Hurrikanen mit massiven Überschwemmungen. Wegen der steigenden Temperaturen und der unvorhersehbaren Niederschläge sinken auch die Erträge. Die Wasserknappheit wird immer akuter.

Besonders betroffen sind Kleinbäuer*innen, die ihre Felder nicht bewässern können. Wegen dürrebedingten Ernteausfällen fehlen Grundnahrungsmittel wie Mais und Bohnen, und die Familien leiden vermehrt unter Nahrungsmittelknappheit. Es erstaunt nicht, dass zwischen 49 Prozent (in El Salvador) und 82 Prozent (in Honduras) der ländlichen Bevölkerung von Armut betroffen ist. Mehr als neun Millionen Menschen sind laut dem Amt der Uno für

humanitäre Angelegenheiten (UNOCHA) auf humanitäre Unterstützung angewiesen. Diese katastrophalen Bedingungen für die Landwirtschaft sind neben der Gewalt eine der wichtigsten Ursachen, dass junge Erwachsene in die Städte abwandern oder den gefährlichen Weg in die USA auf sich nehmen.

Anpassung der Produktion an den Klimawandel

Um die Situation von jungen Bäuer*innen zu verbessern, haben wir gemeinsam mit unserer lokalen Partnerorganisation Cordes in El Salvador einen Lehrgang entwickelt. Hier lernen sie, wie sie dem Klimawandel mit Agrarökologie begegnen können. Zudem werden die Teilnehmenden dabei unterstützt, eine Unternehmensidee zu entwickeln, und sie erhalten eine kleine Anschubfinanzierung, um ihre Produktion diversifizieren zu können. Weitere Themen sind eine friedliche Koexistenz, sexuelle und reproduktive Rechte und Gesundheit sowie die Gleichstellung der Geschlechter. Unsere Kontrolldaten und zahlreiche wissenschaftliche Wirkungsstudien belegen, dass dies sich positiv auf ihr Einkommen, ihre Produktivität und Ernährungssicherheit auswirkt. Dies bestätigt auch Miguel Osorio: «Dank dem erworbenen technischen Wissen und der finanziellen Unterstützung konnte ich meine Produktion steigern und bepflanze nun ein zweites Maisfeld.»

Seit 2019 haben 378 Jugendliche den Lehrgang durchlaufen. Eine Studie hat gezeigt, dass 360, also 95 Prozent der Teilnehmenden, anschliessend in die Produktion von Eiern, Gemüse im Gewächshaus oder Milch eingestiegen sind, was ihnen ein zusätzliches Einkommen ermöglicht. Dadurch sind auch ihre 248 Kinder besser ernährt. Wegen der guten Ergebnisse wird der Lehrgang nun auch in Honduras durchgeführt.

Einen Teil ihres Einkommens investieren die jungen Erwachsenen in die Weiterentwicklung ihres Start-ups. Zum Beispiel Xenia Rivera, die eine kleine Legehennenfarm gegründet hat: «Dank der Ausbildung und der finanziellen Unterstützung konnte ich einen kleinen Stall, der ungenutzt auf dem Grundstück meiner Familie stand, dafür einrichten», erzählt sie stolz. «Ich habe mit 60 Hühnern angefangen und heute habe ich 160.» ●

Ihre Spende wirkt!

75
Franken

Mit 75 Franken kann eine Schulungsparzelle für ökologischen Anbau erstellt werden.

100
Franken

Mit 100 Franken kann sich eine Kleinbauernfamilie mit Gewächshäusern und Silos besser gegen Dürre und Überschwemmungen schützen.

200
Franken

Mit 200 Franken kann eine junge Person in Agrarökologie ausgebildet werden, um ihren kleinbäuerlichen Betrieb an den Klimawandel anzupassen.

solidar.ch/mit Helfen



«Das Schweizer Recht muss sich an die globalen Herausforderungen anpassen»

2024 gab der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) den Klimaseniorinnen recht in ihrer Klage, dass die Schweiz nicht die notwendigen Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergreife. Wir wollten von Co-Präsidentin Anne Mahrer wissen, was das Urteil bewirkt.

Interview: Sylvie Arnanda, Kommunikation Westschweiz



Anne Mahrer

Co-Präsidentin des Vereins Klimaseniorinnen und Genfer Alt-Nationalrätin

Wie ist der Verein Klimaseniorinnen entstanden?

Im Jahr 2016 kam die Idee auf, mit einer Klage gegen die klimapolitische Untätigkeit der Schweiz vorzugehen. Sie sollte von einer Gruppe von Menschen kommen, die besonders anfällig ist für die Auswirkungen des Klimawandels. Ältere Frauen sind am stärksten von der durch die Erwärmung verursachten Zunahme von Hitzewellen in der Schweiz betroffen, und ihr Recht auf Gesundheit und Leben ist dadurch gefährdet.

2020 haben Sie dann eine Beschwerde beim EGMR eingereicht.

Ja, nachdem wir alle Rechtsmittel in der Schweiz ausgeschöpft hatten. Die Beschwerde wurde schnell als prioritär eingestuft und an die grosse Kammer des Gerichtshofs weitergeleitet. Zum ersten Mal in der Geschichte untersuchte der EGMR die Auswirkungen der globalen Erwärmung in Zusammenhang mit den Grundrechten. Im Jahr 2023 fand die öffentliche Anhörung in einem vollbesetzten Saal statt, Medien aus der ganzen Welt waren anwesend. Das war sehr beeindruckend. Das positive Urteil fiel am 9. April 2024.

Wie hat die Schweiz darauf reagiert?

In Bern reagierten einige Politiker*innen sehr schlecht auf uns und bezeichneten uns als «Boomer», welche die Zukunft der jüngeren Generationen

«Untätigkeit wird sehr teuer werden.»

gefährdeten. Sie rieten uns, nach Hause zu gehen und uns um unsere Enkelkinder zu kümmern. Doch sonst haben wir aus der ganzen Welt anerkennende Botschaften erhalten, was uns sehr ermutigt.

Was geschieht nun nach der Verurteilung der Schweiz?

Am 9. Oktober 2024, sechs Monate nach dem Urteil, musste die Schweiz einen Aktionsplan an das für die Überwachung zuständige Ministerkomitee schicken, wie sie das Urteil umsetzen will. Doch die Schweiz wiederholte lediglich, was sie bereits bei der Anhörung gesagt hatte. Wir haben zum

Beispiel immer noch kein CO₂-Budget und keine Klimaanforderungen für Importe oder den Konsum. Die Schweiz muss handeln, denn die Entscheidung des EGMR ist bindend.

Hat das Gerichtsurteil bereits Auswirkungen?

Ja, es ist ein Hoffnungsschimmer und hat Auswirkungen über unsere Grenzen hinaus. Das Schweizer Recht muss sich nun an die globalen Herausforderungen anpassen. Wir sehen auch in unserem Land die Auswirkungen des Klimawandels: Gletscher verschwinden und Hitzewellen nehmen zu. Als Industrieland sollten wir hier und im Ausland vorbildlich sein; das geht nur über das Recht. Doch einige Parlamentarier*innen möchten die Realität lieber ignorieren, um nicht auf Profit verzichten zu müssen. Das ist eine kurzfristige Sichtweise, denn Untätigkeit wird sehr teuer werden.

Und wie geht es für die Klimaseniorinnen weiter?

Nach dem Urteil des EGMR dachten wir, dass wir uns zur Ruhe setzen könnten, aber der Kampf geht weiter. Wir sensibilisieren die Öffentlichkeit weiterhin für unsere Themen mit zahlreichen Auftritten im In- und Ausland und verfolgen die Fortschritte in der Schweiz, denn sie muss handeln und ein Klimagesetz einführen, das konkrete Auswirkungen hat. ●



Für Rizal Assalam war die Konferenz wichtig, um den gemeinsamen Kampf für nachhaltiges Palmöl voranzubringen.

Ist eine gerechte Palmölproduktion möglich?

An einer internationalen Konferenz in Bern wurden letzten Dezember die Möglichkeiten eines sozial-ökologischen Wandels in der Palmölindustrie ausgelotet.

Text: Katja Schurter, Redaktorin

Als ich zur zweiten Konferenz über Just Transition im Palmölsektor stosse, sind lebhafte Diskussionen im Gang. «Die Teilnehmer*innen aus Palmöl produzierenden Ländern wie Malaysia und Indonesien haben vermeintlich unterschiedliche Interessen», erklärt mir anschliessend Tina Goethe vom HEKS, das die Konferenz zusammen mit Solidar Suisse organisiert hat. «So verändert es auf den ersten Blick nichts an der Situation der indigenen Communities, wenn die Arbeiter*innen bessere Löhne haben.»

Gemeinsam sind wir stärker

Denn die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen auf den Plantagen sind nur eines der Probleme in der Palmölindustrie. Ebenso gravierend sind die Vernichtung von Primärwald durch Monokulturen, die Verschmutzung durch Pestizide und Dünger sowie die Enteignung von indigenen Communities. Dass sich der Fokus seit der ersten Konferenz im November 2023 in Indonesien auf diese Themen verschoben hat, sieht Rizal Assalam, Koordinator des TPOLS-Netzwerks (Transnational Palm Oil Labour Solidarity) als Fortschritt: «Es ist wichtig, dass ökologische und indigene Gruppen ihre Perspektiven

ebenso einbringen wie die Arbeiter*innen. Allen die Verbindung zwischen Landrechts- und Arbeitsthemen bewusst zu machen, ist auch das Ziel von TPOLS. Zusammen sind wir stärker», ist er überzeugt.

Dass die Konferenz in der Schweiz stattfand, hat gute Gründe: «Diverse multinationale Unternehmen, die Palmöl verarbeiten oder Pestizide produzieren, haben hier ihren Sitz», erklärt Christian Eckerlein, Kampagnenverantwortlicher bei Solidar Suisse. «Zudem wollte die Konferenz Wege für eine Zusammenarbeit entlang der gesamten Lieferkette ausloten, denn auch Arbeiter*innen in der Lebensmittelproduktion im Globalen Norden kämpfen für bessere Arbeitsbedingungen.»

Grosse Visionen

Heute ist kein Aspekt der Palmölproduktion nachhaltig – und die Unternehmen kontrollieren alles. «Es ist sehr schwierig, die Fruchtbarkeit der Böden wiederherzustellen, nachdem sie durch die Palmölproduktion ausgelaugt wurden, und auch die Verschmutzung der Flüsse lässt sich nicht so einfach rückgängig machen. Die indigenen Communities wurden unwiederbringlich ihrer Lebensgrundlagen beraubt», sagt Assalam.

Doch obwohl der Vision eines gerechten Wandels mächtige Geschäftsinteressen entgegenstehen, ist es im kleinen Massstab bereits gelungen, die Produktion anders zu organisieren. So haben in Thailand lokale Gemeinschaften und Arbeiter*innen gemeinsam Land von Palmölunternehmen gefordert. «Sie unterteilten es in verschiedene Bereiche: Reisfelder, Viehweiden und ein kleiner Teil für die Palmölproduktion», erzählt Rizal Assalam begeistert. «Sie besitzen und bestellen das Land gemeinsam. Die Frauen kontrollieren die Reisfelder. Dadurch sind sie ökonomisch unabhängig und können gewalttätige Männer unter Druck setzen, indem sie ihnen das Essen vorenthalten.»

Erste Erfolge

Auch Aisha Putri Utami von Sawit Watch erzählt vom erfolgreichen Einbezug der Arbeiter*innen in die Bekämpfung der Verschmutzung: «In den Gesamtarbeitsvertrag wurde die Forderung integriert, dass die Palmölmöhlen die Flüsse nicht verschmutzen dürfen. So kann dies von den Gewerkschaften kontrolliert werden. Denn der Staat tut es nicht.» Rizal Assalam ist ebenfalls der Meinung, dass es nicht zielführend ist, vom Staat etwas zu erwarten – auch wenn TPOLS natürlich Forderungen an die Regierungen stellt und gemeinsam mit internationalen Organisationen Kampagnen gegen Unternehmen führt, damit diese Menschenrechte und Umweltstandards respektieren. So fordert Solidar Suisse seit langem eine Verbesserung der menschenunwürdigen Situation von Arbeitsmigrant*innen auf den Plantagen im malaysischen Sabah. Assalam findet eine Konferenz wie diese wichtig: «Sie hilft sehr, weil die Leute sich treffen und miteinander sprechen – und so gemeinsam für eine gerechte Palmölproduktion kämpfen können.» ●



Bericht von Solidar Suisse zu den Arbeitsbedingungen auf den Palmölplantagen in Sabah.
Download PDF



Sichere Fahrten für bessere Lebensbedingungen

27 Jahre für das Wohlergehen gefährdeter
Bevölkerungsgruppen in Burkina Faso unter-
wegs: ein Porträt von Hamidou Ilboudo.

Text: Sebatou Nabaloum, Kommunikationsverantwortliche in Burkina Faso

Hamidou Ilboudo ist Chauffeur und dienstältester Mitarbeiter von Solidar Suisse in Burkina Faso. Seit 27 Jahren fährt er die Mitarbeiter*innen zu ihren Einsatzorten – keine unwichtige Aufgabe in einem Land, wo öffentliche Verkehrsmittel praktisch inexistent sind und viele Strassen nicht asphaltiert. Dafür braucht es gute Fahrkenntnisse.

Und die kann der 56-jährige, der die Hälfte seines Lebens als Chauffeur

zubrachte, zweifellos vorweisen. Geboren im Dorf Loumbila, wuchs er in der etwa 25 Kilometer entfernten Hauptstadt Ouagadougou bei seinem Onkel auf. Als Jugendlicher arbeitete er in der Landwirtschaft, doch die Erträge waren zu tief, um seinen Lebensunterhalt zu sichern. So nahm er mit 23 das Angebot seines Onkels an, in dessen Transportunternehmen als Fahrer zu arbeiten. Nach sechs Jahren wechselte er zu

Solidar Suisse: «Als ich meinen Vertrag erhielt, weinte ich Freudentränen. Denn vorher war ich nur informell angestellt.» In den 27 Jahren, in denen er seine Passagier*innen in fast alle Regionen Burkina Fasos und bis nach Benin transportierte, hatte er keinen einzigen Unfall. «Wenn ich am Steuer sitze, konzentriere ich mich auf den Verkehr, denn mir ist bewusst, dass ein kleiner Fehler fatale Folgen haben kann», sagt der gewissenhafte Fahrer.

Wie eine Familie

Für Hamidou Ilboudo ist Solidar Suisse wie eine Familie, die ihn adoptiert und ihm ermöglicht hat, sich beruflich und sozial zu verwirklichen. «Mit meinem Einkommen als Chauffeur habe ich ein Haus in Ouagadougou gebaut und kann meine Familie angemessen versorgen. Solidar Suisse kümmert sich nicht nur um das Wohlergehen der gefährdeten ländlichen Bevölkerung, sondern auch um jenes der Angestellten», sagt der verheiratete Vater eines Kindes. «Die Organisation hat stets die Teamarbeit gefördert. Wir unterstützen uns gegenseitig, um in den Projekten etwas zu bewirken. Als Chauffeur habe ich den positiven Effekt gesehen und mitbekommen, wie sehr die Partner*innen die Arbeit von Solidar Suisse schätzen. So hat die Organisation viel zur Förderung der zweisprachigen Erziehung in Burkina Faso und Benin beigetragen», erzählt Hamidou Ilboudo auf die Frage, warum er Solidar so lange treu geblieben sei. «Ich hatte andere Jobangebote, aber ich zog es vor, zu bleiben, weil die Organisation mir meinen ersten Arbeitsvertrag angeboten hat und ich mich hier vom ersten Moment an wohlgeföhlt habe.»

50-Jahr-Jubiläum

Während seiner langjährigen Tätigkeit hat sich Solidar Suisse, zunächst noch unter dem Namen «Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH», stark verändert. «Als ich meine Stelle antrat, waren wir vier Angestellte: der Landeskoordinator, die Buchhalterin, der Hauswart und ich, der Chauffeur. Die Organisation war nur in drei Regionen tätig», erzählt Ilboudo. Heute hat Solidar mehr als 40 Mitarbeiter*innen, betreibt Projekte in 12 der 13 Regionen Burkina Fasos und erreicht so

viel mehr Menschen. «Dieses Jahr haben wir das 50-jährige Bestehen von Solidar Suisse in Burkina Faso gefeiert», erzählt er begeistert. «Ich habe mich sehr gefreut, bei dieser Gelegenheit einige ehemalige Mitarbeitende wieder zu treffen, die ich lange Zeit nicht mehr gesehen hatte. Ich wünsche mir, dass die Organisation weiter gedeiht.»

Während Ilboudos Tätigkeit hat sich die Situation in Burkina Faso stark verändert. Die schwierige Sicherheitslage hat auch Auswirkungen auf seine Arbeit als Chauffeur. So muss er zum Teil weite Umwege machen, um Risikozonen zu vermeiden. Und seine Dienste sind noch wichtiger geworden, um Projektbesuche der Mitarbeitenden überhaupt möglich zu machen. Hamidou Ilboudo ist davon überzeugt, dass Burkina Faso seinen einstigen Frieden wiedererlangen

«Ich möchte aktiv bleiben und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Burkina Faso beitragen.»

kann. Und es ist ihm wichtig, dass die Menschen, die unter den Folgen der Sicherheitskrise leiden, Schutz und Unterstützung erhalten: «Als Chauffeur habe ich dazu beigetragen, dass die Solidar-Projekte zur Verbesserung der Lebensbedingungen von verletzlichen Personen durchgeführt werden können. Die positiven Ergebnisse zu sehen, erfüllt mich mit Zufriedenheit.»

Neue Perspektiven

Hamidou Ilboudo wird bald pensioniert gemäss der in Burkina Faso geltenden

Rentenbestimmungen. Doch er will sich nicht zur Ruhe setzen, sondern ein Transportunternehmen eröffnen. Hier wird ihm seine Arbeitserfahrung von Nutzen sein: «Solidar hat mir diverse Weiterbildungen ermöglicht, die meine beruflichen und persönlichen Fähigkeiten erweitert haben.» Auch dies ein Grund für Ilboudos Treue. Er möchte dieses Wissen weiter nutzen und mit anderen teilen. «Das ist für mich eine Möglichkeit, aktiv zu bleiben und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Burkina Faso beizutragen.» ●



Julie Conti

Die Genfer Komikerin
kommentiert das Thema
dieser Soli.

Klima-Ungerechtigkeit

Ende 2024 fand die COP 29 in Baku statt. Diese Klimakonferenzen sind wie die Marvel-Filme: Jedes Jahr kommt einer heraus, und jedes Mal wird es schlimmer. Schon die Wahl des Gastgeberlandes: Aserbaidschan, echt jetzt? Ich meine, da könnte man genauso gut ein Symposium über Frauenrechte im Iran veranstalten. Die Wirtschaft Aserbaidschans beruht auf der Ausbeutung von Erdöl und Erdgas – praktisch, da waren die Lobbyisten der fossilen Energien direkt vor Ort, das erleichterte die Arbeit. Ist Ihnen klar, was ein Lobbyist ist? Er informiert Politiker*innen mit sehr überzeugenden Argumenten – z.B. Sitzen in Aufsichtsräten oder einem Beitrag zu den Wahlkampfkosten –, welche öffentliche Politik sie umsetzen sollen. Eigentlich ist der Beruf des Lobbyisten wie meiner als Komikerin: Wir werden dafür bezahlt, dass wir Blödsinn erzählen.

Für Aserbaidschan war es eine schöne Greenwashing-Operation, und Grün ist angesagt: Das Land verbessert sein internationales Image, ohne sich für eine Energiewende einzusetzen. Schwerpunkt der COP 29 in Baku war die Klimaschutzfinanzierung. Infolgedessen gab es ein Festival der Wortspiele von politischen Kolumnisten zwischen Baku und bas coût (tiefe Kosten). Ich würde mich nicht dafür hergeben, denn um Wortspiele machen zu dürfen, muss man Raymond Devos (belgischer Komiker) heissen und ein Doppelkinn haben; und ich erfülle nur eine dieser Bedingungen.

Die Konferenz endete mit einem enttäuschenden Ergebnis. Die Industrieländer haben sich zu jährlichen 300 Milliarden US-Dollar für die vom Klimawandel bedrohten armen Länder verpflichtet. Natürlich müssen sie blechen: Wenn du etwas kaputt machst, bezahlst du es. Dieser Betrag reicht jedoch bei Weitem nicht aus, damit sich die Länder des Globalen Südens an die Auswirkungen des Klimawandels anpassen können. Ohne eine finanzielle Unterstützung, die den Herausforderungen gerecht wird, reproduzieren diese Länder das jahrhundert alte Modell der fossilen Energien der Industrienationen (das sind wir), das uns in die sich abzeichnende Klimakatastrophe führt. Das Mindeste, was man sagen kann, ist, dass es beim Ergebnis der COP 29 in Baku Rabatt gab. Verdammt, ich habe ein Wortspiel gemacht! Egal, nennen Sie mich Raymond.



Unterstützung von Kriegsvertriebenen und Demokratisierung

Solidar Suisse begann das Engagement in El Salvador bereits während des Bürgerkriegs, um Kriegsvertriebene zu unterstützen. Das von einer Solidaritäts-Delegation aufgenommene Bild oben dokumentiert die gewaltsame Verreibung von Menschen aus den Armenvierteln. Das untere Foto zeigt ein Frauentreffen der Gewerkschaft CODYDES, eine der ersten SAH-Partnerorganisationen in El Salvador.

Solidar-Sudoku

	8	4					9	1
				7	9			
						3	7	4
		1		9	7	4		
			6	3	4			
		6	1	2		5		
2	6	7						
			7	5				
9	4					1	6	

Impressum

Herausgeberin

Solidar Suisse
Quellenstrasse 31
8005 Zürich
Tel. 044 444 19 19
kontakt@solidar.ch, solidar.ch
IBAN CH67 0900 0000 8000 0188 1
Mitglied des europäischen
Netzwerks Solidar

Redaktion

Katja Schurter (verantwortliche
Redaktorin), Christian von Allmen,
Benjamin Gross, Sylvie Arnanda,
Cyrill Rogger

Layout

notice.design

Übersetzungen

Katja Schurter, alingui

Korrektorat

Jeannine Horni, Valérie Knechciak

Druck und Versand

Mattenbach AG

Papier

Holmen Trend 2.0, ISO 14001
und FSC zertifiziert

Auflage

37'000 (erscheint vierteljährlich)
Der Abonnementspreis ist im
Mitgliederbeitrag inbegriffen
(Einzelmitglieder mindestens Fr. 70.–,
Organisationen mindestens Fr. 250.–
pro Jahr).

Rückseite

Kämpfen Sie mit uns gegen Ungleich-
heit. Visual: Spinus Civil Voices



Ihre Spende
in guten Händen.

Lösungswort

--	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--	--

Spielregeln

Füllen Sie die leeren Felder mit den Zahlen von 1 bis 9. Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile, jeder Spalte und in jedem der neun 3x3-Blöcke nur einmal vorkommen.

Das Lösungswort ergibt sich aus den grauen Feldern waagrecht fortlaufend, nach folgendem Schlüssel: 1=Z, 2=J, 3=E, 4=D, 5=H, 6=L, 7=N, 8=T, 9=A

1. Preis Ein Shampoo von Bartwagwasu aus Bolivien (siehe Artikel S. 11)

2. Preis Eine Gesichtscreme von Bartwagwasu aus Bolivien

3. Preis Eine Seife von Bartwagwasu aus Bolivien

Schicken Sie das Lösungswort an Solidar Suisse – mit einer Postkarte oder per E-Mail an: kontakt@solidar.ch, Betreff «Rätsel».

Einsendeschluss ist der 15. März 2025. Die Namen der Gewinner*innen werden in der Soli 2/2025 veröffentlicht. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind Mitarbeitende von Solidar Suisse.

Das Lösungswort des Rätsels in Solidarität 4/2024 lautete «Ungleichheit». Denise Studemann aus Säles hat eine Tasche, Marianne Scheidegger aus Bern ein T-Shirt und Jean-Jacques Isaac aus Conignon einen Hut im neuen Solidar-Design gewonnen.

KON- ZER- NE- M en sch en

**Bekämpfe die weltweite
Ungleichheit mit uns: solidar.ch**

**solidar
suisse**